

Wer macht Demokratie?

Das politische Subjekt der Demokratisierung

Ruth Daellenbach, Beat Ringger, Pascal Zwicky

Das Ziel einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft ist ein roter Faden in den Arbeiten des Denknetzes. Die Kernaussage dabei lautet: Tragfähige Antworten auf die für die Menschheit existenziellen Herausforderungen unserer Zeit, sei es auf die Klimaerwärmung, die soziale Ungleichheit oder die Digitalisierung, erreichen wir nur durch eine Ausweitung und Vertiefung demokratischer Prozesse – und dies wiederum ist nur möglich im Widerstreit gegen herrschende Machtmonopole und die Logik der Kapitalverwertung. In den 18 Thesen für eine starke Demokratie (Denknetz-Kerngruppe, 2016) hat die Denknetz-Kerngruppe die Notwendigkeit und die Umrisse eines solchen radikaldemokratischen, emanzipatorischen Programms skizziert. Auf Grundlage dieser Ausführungen möchten wir in der Folge ein Augenmerk auf die Frage legen, wer eine solche gesellschaftliche Transformation heute voranbringen kann. Wer ist der Demos, wer sind die Vielen, die sich für mehr Demokratie einsetzen, für neue demokratische Freiräume kämpfen, sich auf gemeinsame Lernprozesse einlassen und demokratische Errungenschaften gegen autoritäre und reaktionäre Kräfte verteidigen? Wer macht Demokratie?

In den 18 Thesen für eine starke Demokratie kommt deutlich zum Ausdruck, dass die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft zwar im Hier und Jetzt ansetzt, gleichzeitig aber über die »bürgerlich-kapitalistische Protodemokratie« (These 3) und das Herrschaftssystem des Kapitalismus hinausweist (vgl. Zwicky, 2015). In These 8 heisst es dementsprechend, dass die Demokratie ihre Tragfähigkeit erst nach der Überwindung des Kapitalismus voll entwickeln kann. »Denn nur mit einer solchen Überwindung können die zentralen ökonomischen Entscheide in den demokratischen Zugriff genommen, kann damit die nötige Grundsubstanz für eine starke Demokratie erreicht werden«.

Wenn wir uns darüber einig sind, dass Kapitalismus nach wie vor als »alles durchfräsende Struktur« (Zelik, 2017) wirkt, die den erforderlichen demokratischen Substanzgewinnen und einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung entgegensteht, dann haben wir auch einen ersten zentralen Hinweis auf das politische Subjekt des von uns angestrebten transformato-

rischen Wandels (vgl. Wermuth/Zwicky, 2017). Es ist ein Altbekanntes, die Klasse der Lohnabhängigen. Seit Karl Marx wissen wir, dass Kapitalismus als System auf der Ausbeutung von Arbeit durch das Kapital beruht. Jede Bewegung gegen und über den Kapitalismus hinaus, also auf die von uns angestrebte Demokratisierung der Gesellschaft hin, muss sich wesentlich als klassenpolitische Bewegung verstehen. Denn nur in der Masse, wie sich die Mehrheit der Lohnabhängigen der Ausbeutung bewusst wird und sie im gemeinsamen Interesse stoppt, kann es zu einer Überwindung des Kapitalismus kommen (Denknetz-Kerngruppe, 2016, S. 4–5).

Die wiederentdeckte Klasse

Klasse als analytische und politische Kategorie wurde – auch von Teilen der Linken – in den langen Jahren der neoliberalen Wende stark vernachlässigt. Erst seit rund drei Jahren wird wieder intensiver über Klassenpolitik und deren Fehlen diskutiert. Wichtige Ausgangspunkte dafür waren der Aufstieg der autoritären Populist*innen (v. a. die Wahl von Donald Trump), der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie, der Brexit sowie ein schon älteres Buch des französischen Soziologen Didier Eribon (*Rückkehr nach Reims*). Die gängige Erzählung lautet in etwa: Die Linke habe mit ihrem ›neoliberal turn‹ die Arbeiter*innenklasse aufgegeben und verraten und sich gleichzeitig vor allem der sogenannten Identitätspolitik zugewandt. Nicht mehr die soziale Frage habe im Zentrum linker Politik gestanden, sondern feministische Forderungen, Anti-Rassismus, Rechte von sogenannten Minderheiten, ökologische Fragen und ähnliches. Damit habe die Linke zwar bei ihrer neuen Klientel, den urbanen Bildungseliten und den soziokulturellen Expert*innen gepunktet, gleichzeitig aber ihre ursprüngliche Basis verloren. In dieses Vakuum seien die rechten Populist*innen gestossen. Ihre Parteien seien zu den neuen Arbeiter*innenparteien geworden. Diese verbreitete Erzählung bleibt allerdings oft ziemlich oberflächlich (vgl. dazu bspw. Manow, 2018).

Der an dieser Stelle wichtige – und erfreuliche – Punkt ist die Rückkehr des Klassenbegriffs ins linke Bewusstsein und in eine breitere Öffentlichkeit. Allerdings, und das trübt die Freude, geht damit oft auch eine wenig produktive und wenig reflektierte Rückkehr der Differenzierung in Haupt- und Nebenwidersprüche einher.¹ In Deutschland, aber auch in Grossbritannien, Frankreich oder den USA ist es dabei zu neuen Spaltungen innerhalb der progressiven Kräfte gekommen. Ganz besonders das Thema ›Geflüchtete und Migration‹ befeuert die Auseinandersetzungen. Die soziale Frage wird dabei manchmal auch von links nationalistisch aufgeladen. Statt die gerechtfertigte und zwingend nötige Kritik an der neoliberalen Globalisierung und der ›imperialen Lebensweise‹² (vgl. Brand/Wissen, 2017) des globalen Nordens konsequent mit internationaler Solidarität

und einem per definitionem unbegrenzten Humanismus zu verbinden, kommt es zu einer Polarisierung zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen.³ Statt die Demokratisierung als ein Projekt zu verstehen, das unsere Gesellschaften nicht *nur* über den Kapitalismus hinausbringt, sondern in diesem Freiheitskampf eben gerade eine soziale *Freiheit ohne Eigenschaften* anvisiert, »die als solche mit aller Klassifizierung Schluss macht« (Seibert 2017, S. 67), werden auf der einen Seite identitätsgebundene Differenzen auf Kosten des Gemeinsamen überbetont, während die andere Seite wichtige Freiheitsgewinne seit den 1960er Jahren und aktuelle soziale Kämpfe um Anerkennung resp. gegen Diskriminierung kleinredet.⁴ Auf der Suche nach dem politischen Subjekt der Demokratisierung kommen wir auf diese Weise nicht weiter.

Intersektionale Klassenpolitik

In den Denknetz-Thesen heisst es, dass sich Protodemokratien durch Ausschluss und Abschottung auszeichnen. These 16 benennt rassistische, kulturalistische oder nationalistische Demokratiekonzepte als »antidemokratisch«. Hier gilt es weiterzudenken. Ein fruchtbarer Anknüpfungspunkt sind Ansätze, die mit den Begriffen einer »verbindenden« oder »intersektionalen⁵« Klassenpolitik arbeiten (vgl. für eine Übersicht Friedrich/Redaktion analyse & kritik, 2018 oder Luxemburg, 2017). Eine solche Klassenpolitik basiert auf einem angemessenen Verständnis dessen, was die Arbeiter*innenklasse heute überhaupt ist und sein kann. Unbestritten besteht sie längst nicht mehr vor allem aus weissen Industriearbeitern. Sie ist stärker im Dienstleistungssektor zu finden, sie ist weiblicher, farbiger, sie umfasst auch die Reproduktionsarbeit, und sie ist über die globalen Ausbeutungsverhältnisse in eine internationale Arbeitsteilung eingebunden wie noch nie in der Geschichte. Die Ausbeutungsverhältnisse haben sich zudem ausgeweitet, und sie durchdringen den Menschen und seinen Körper. Mit der Digitalisierung verschwimmen die Grenzen zwischen Produzent*innen und Konsument*innen, persönliche Daten werden zu Waren, Wissensarbeit wird verstärkt von der Kapitallogik erfasst.

Die Klassenverhältnisse sind folglich komplexer, unübersichtlicher und wohl auch vielfältiger als früher, was den entscheidenden Schritt von der Klasse ›an sich‹ zur Klasse ›für sich‹ zu erschweren scheint.⁶ Sicher ist, dass es nicht mehr ausreicht, von einem homogenen gemeinsamen ›objektiven Interesse‹ auszugehen, das sich in eindeutiger Weise aus der Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess ergibt. Denn, so Alex Demirović (2017), diese Interessen sind sehr vielfältig und können unterschiedlich sein. »Sichere Arbeitsplätze, die Höhe der Löhne und gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, die Pausen-, Überstunden- oder Urlaubsregelung, Qualifikation und Aufstiegsmöglichkeiten, Schutz

vor Schikanen durch Vorgesetzte, einen geregelten Normalarbeitstag und Selbstbestimmung bei der Arbeit, die steuerlichen Belastungen, die beruflichen Perspektiven der Kinder, betreuungsbedürftige Angehörige, die privaten Beziehungen, die Entwicklung der Stadt oder der Region und viele andere. Nicht alle diese Ziele lassen sich in jeder Phase des Klassenkampfes zusammenbringen.« Und gerade dann, wenn man den Blick auf den europäischen und den globalen Kontext ausweitet, erhält die Frage nach dem gemeinsamen Interesse der Arbeiter*innenklasse zusätzliche Brisanz. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert gab es für das Proletariat »eine Welt zu gewinnen«. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein bedeutender Teil der Bevölkerung im globalen Norden zu materiellem und sozialem Wohlstand gekommen.⁷ Für viele von ihnen, von uns, gibt es heute »eine Welt zu verlieren«. Damit stellt sich die Frage, wie aus dieser ambivalenten Konstellation noch eine emanzipatorische linke Kraft erwachsen kann, die sich mit all den Menschen aus dem globalen Süden, die noch den drängenden Anspruch haben, »eine Welt zu gewinnen«, solidarisch zeigt.

Unübersichtlichkeit und Widersprüchlichkeit sind aber nur das Eine. Das Andere ist die Tatsache, dass es noch nie in der Geschichte der Menschheit derartigen Reichtum, so weitreichende individuelle Freiheiten für viele, ein derart breit geteiltes Wissen und solche technologischen Möglichkeiten zur globalen Vernetzung gegeben hat. Damit stehen vielfältige und reichhaltige Ressourcen für die Weiterentwicklung der Demokratie und für ihre Ausdehnung auf die Sphäre der Wirtschaft zur Verfügung – ganz anders als etwa noch im hungernden, von Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Russland der 1920er Jahre. Wann, wenn nicht jetzt, müsste uns also der Schritt über den Kapitalismus hinaus gelingen? Damit sich das politische Subjekt der Demokratisierung als schlagkräftige/r Akteur*in konstituieren kann, muss es »sich anreichern mit all dem Wissen um die Herrschaft, Entwürdigung, Zerstörung in allen Lebensbereichen« (Demirović, 2017). Genau dieses Wissen entsteht aus den Verwebungen einer verbindenden Klassenpolitik. Wir müssen die verschiedensten, sich teils überlagernden Ausbeutungs-, Unterdrückungs-, Entfremdungs- und Diskriminierungserfahrungen im globalen Kapitalismus im Zusammenhang erfassen, um wirksam kämpfen zu können.

Kapitalismus, verstanden als gesamtgesellschaftliches Herrschaftssystem, ging in seiner bisherigen Geschichte stets mit rassistischer, sexistischer oder nationalistischer Ausgrenzung einher. Diese von den Herrschenden systematisch forcierten Trennlinien innerhalb der Arbeiter*innenklasse dienen dazu, die Lohnabhängigen gegeneinander in Stellung zu bringen, die durch die kapitalistische Produktionsweise laufend neu verursachten Ungleichheiten und Widersprüche zu rechtfertigen und zu mystifizieren. Dabei wird im Kapitalismus »die ›Natur‹ derjenigen, die er in besonderem

Mass ausbeutet, verunglimpft, um diese Ausbeutung zu rechtfertigen. Dies trifft die Frauen, die kolonialen Bevölkerungen, die Nachkommen afrikanischer Sklaven und die von der Globalisierung entwurzelten Migrantinnen und Migranten« (Federici, 2017: 25).⁸

Mit Ringger (2017) können wir festhalten: »Die Klassenfrage ersetzt die Auseinandersetzung mit Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Nation, Rasse oder Religion in keiner Weise. Die Überwindung des Kapitalismus wird per se keineswegs jede Form der Unterdrückung, Ausbeutung oder Diskriminierung aus der Welt schaffen. Werden gesellschaftliche Identitäten jedoch losgelöst von der Frage nach sozialen Verhältnissen ... konzipiert, also essenzialistisch verstanden, so entsteht ein Sog, Eigenheiten und Zuschreibungen *als solche* zu bewerten, als problematisch oder als gewünscht zu markieren und gegen andere Identitäten abzugrenzen« (Hervorheb. im Original).

Vervielfachung der Felder politischer Auseinandersetzung

Um die Gesamtheit der Problemstellung zu erfassen, reicht es jedoch nicht aus, die gewachsene soziologische Komplexität der Klassenverhältnisse zu erkunden. Parallel dazu ist in den letzten Jahrzehnten auch eine erhebliche Auffächerung und Erweiterung der Felder politischer Auseinandersetzung entstanden. Damit multiplizieren sich die Verquickungen von Klassenlage und thematischem Feld. Um nur einige dieser Felder zu nennen:

- ◆ Die Verschmutzung und die zunehmende Destabilisierung der Ökosphären (Stichworte Klima, Meere) führen zu völlig neuen Bedrohungslagen.
- ◆ Der Ausbau von bedeutsamen öffentlichen Diensten und Einrichtungen der sozialen Sicherheit haben historisch neuartige Strukturen geschaffen. Entsprechend haben die Verkehrs-, Energie-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik an Gewicht gewonnen. Eng verknüpft damit sind auch die vielfältigen Fragen der Steuer- und Fiskalpolitik.
- ◆ Krieg und Frieden werden durch die technologischen Entwicklungen (Nuklearwaffen, chemische und biologische Waffen, autonome, auf künstlicher Intelligenz basierende Kriegeroboter) in eine neue Dimension gestossen. Die Vernichtung weiter Teile der Natur und der Grundlagen menschlichen Lebens ist heute eine jederzeit akute Bedrohung geworden, die keineswegs gebannt ist, wie die Kündigung des INF-Vertrages zur Abschaffung atomwaffenfähiger Mittelstreckenraketen durch die USA verdeutlicht.
- ◆ Die Sorgearbeit (Care-Ökonomie) löst sich von der Marginalisierung und Privatisierung, in die sie bis in die 1970er Jahre gedrängt geblieben war, und rückt zunehmend ins Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Alle diese Felder der Politik haben ihr eigenes Gewicht und ihre eigene Wertigkeit. Sie sind alle in je eigener Weise mit den Grundwidersprüchen des Kapitalismus verknüpft, ohne in diesen Widersprüchen einfach aufzugehen. Beispiel Klimapolitik: Sie hat ihren stofflich-sachlichen Gehalt, der sachgerecht erfasst werden muss, wenn Klimapolitik erfolgreich sein soll. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass eine global vereinbarte, wirksame Senkung der Treibhausgas-Emissionen durch die Konkurrenz kapitalistischer Standorte und Konzerne und die daraus folgenden nationalegoistischen Politiken in fataler Weise behindert wird.

Prägnanten Anschauungsunterricht für die Verquickbarkeit von ökologischen und sozialen Fragen bot auch die Regierung Macron im Herbst 2018: Als sie die Steuern auf Treibstoffe anheben wollte, löste sie damit die Bewegung der Gilets Jaunes aus. Macron hatte die Steuererhöhung als Massnahme zum Klimaschutz verkauft. In Wirklichkeit dürfte es ihm ebenso darum gegangen sein, alle jene Steuererleichterungen zu kompensieren, die er in den Monaten davor den Reichen und den Unternehmen gewährt hatte. Der Widerstand der Gilets Jaunes entzündete sich an dieser sozialen Dimension, nicht an den ökologischen Absichten.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt: In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zum ersten Mal in der Geschichte für breite Teile der Bevölkerung im globalen Norden die Möglichkeiten vervielfacht, realen Einfluss auf die eigene Biografie zu nehmen und dabei materielle und ideale Lebensziele zu verwirklichen. Dies war einerseits ein enormer Fortschritt verglichen mit der Lage der Massen in früheren Gesellschaften, die ihr Schicksal meist ohnmächtig hinzunehmen hatten.⁹ Gleichzeitig führte dieses neue Potenzial zu eigenen Lebensentwürfen aber auch zu einem Zwang zur individualisierten ›Selbstverantwortung‹: Jede und jeder wurde seines/ihres Glückes Schmied. Entsprechend stark wurden Druck und Sog, seine Lebensenergien nun voll und ganz ins eigene Lebensprojekt zu investieren. Dies hat nicht zuletzt zu einer Erosion der Klassenbindungen geführt, die Menschen individualisiert und solidarische Zusammenhänge paradoxerweise negativ eingefärbt: *Ich meistere mein Leben selbst und bin nicht mehr auf kollektive Einbindungen angewiesen, ja entwickle dagegen sogar Widerwillen, z. B. gegen Gewerkschaften: Das ist etwas für Leute, die es nicht aus eigener Kraft schaffen.*

Seit einigen Jahren ist diese biografische Ermächtigung nun allerdings in multiple Krisen geraten. Die Lebensperspektiven haben sich in vielen Ländern des globalen Nordens verdüstert, ebenso wie sich der in Aussicht gestellte soziale Aufstieg in ›Schwellenländern‹ für viele als Illusion erwiesen hat. Das hat bei den Betroffenen zu enormem Frust, Wut und grosser Verbitterung geführt (vgl. Mishra, 2017). Da jedoch die emotionale und organisatorische Verbindung mit der eigenen Klasse verloren gegangen ist,

findet diese Wut kaum mehr Ausdruck in kollektiven, klassenbezogenen Aktionen. Erschwerend kommt dazu, dass die Linke in vielen Ländern am Tisch der neoliberalen Eliten Platz genommen hat und damit Teil der elitären Macht geworden ist. Das öffnet die Türen für autoritäre und nationalistische, oft auch offen rassistische und frauenfeindliche Strömungen. *Ich habe mein Leben lang gekrampft und bin doch nicht auf einen grünen Zweig gekommen, die Flüchtlinge aber können es sich in der sozialen Hängematte bequem machen – einfach so, ohne jede Eigenleistung.* Die Herausforderung für die Linke besteht darin, Anschluss an die Wut über bedrängte oder zerstörte Lebensentwürfe zu finden, ohne sich dabei jedoch auch nur im Geringsten dem fremdenfeindlichen, nationalistischen Ausdruck anzupassen, den diese Wut heute oftmals genommen hat. Ebenso entlarvend sind Verständnisbekundungen. Wenn der Satz fällt, man müsse »die Ängste der Leute ernst nehmen«, dann schwingt dabei auch eine herablassende Haltung mit: Statt die Leute selbst ernst zu nehmen, nimmt man ihre Ängste ins Visier, um diese dann zu beschwichtigen – oder eben zu instrumentalisieren.

Alex Demirović formuliert diese Gemengelage in seinem Artikel *Die Zumutungen der Klasse. Vielfältige Identitäten und sozialistische Klassenpolitik* (Demirović, 2017). Wir fügen hier ein längeres Zitat an, weil wir uns dem wichtigen Gedankengang Demirovićs anschließen. »Das Unangenehme der Klassenzugehörigkeit ist, dass es auf ein zwingendes Verhältnis verweist, die materielle Abhängigkeit von anderen, und vor Augen führt, dass die Individuen trotz aller intellektuellen Kompetenzen, trotz der Freiheit und Gleichheit, trotz Demokratie einem übermächtigen Ganzen unterworfen sind, dem sie blind ausgeliefert sind, das sie nicht kontrollieren, das sie den anderen gegenüber entsolidarisiert. Die Linke steht vor der Aufgabe, für die Einsicht zu argumentieren, dass die Menschen einer Klasse zugehören, während sie doch gleichzeitig für die Abschaffung aller Klassen als ein massgebendes Verhältnis zwischen Menschen eintritt – so wie es auch um die Abschaffung solcher die Individuen beherrschenden Identitätsformen wie ›Rasse‹, ›Nation‹ oder ›Geschlecht‹ geht. Aber genau das ist die Herausforderung: ein um die verschiedenen Herrschaftsformen angereichertes, kritisches – nicht heroisches – Verständnis von ›Klasse‹, um in der Verknüpfung mit anderen emanzipatorischen Tendenzen jenen Moment zu schaffen, von dem aus die Möglichkeit besteht, die Verhältnisse in Freiheit zu gestalten. Eine solche Hegemonieorientierung verpflichtet die Linke, sich nachdrücklich und langanhaltend, nicht instrumentalistisch und taktiererisch auf die verschiedenen Emanzipationsperspektiven einzulassen und an einem umfassenden Emanzipationsprojekt zu arbeiten. Die Linke sollte daran arbeiten, dass ein so erweiterter Begriff der ›Klasse‹ und die freie, selbstbestimmte und kooperative Gestaltung und Lenkung

der gesellschaftlichen Arbeit zum politischkulturellen Symbol werden, in dem die Menschen die Möglichkeit wiedererkennen, einmal zur Lösung der genannten Probleme zu gelangen.«

Dieses umfassende Emanzipationsprojekt ist für uns die Demokratisierung der Gesellschaft, wie sie in den 18 Thesen der Denknetz-Kerngruppe grob umrissen wird. Das politische Subjekt, das diesen gesellschaftlichen Wandel stützt und vorantreibt, ist im Kern nach wie vor die Klasse der Lohnabhängigen, verstanden in ihrer ganzen intersektionalen Vielfalt. Eine emanzipatorische Klassenpolitik hat nicht nur die (Lohn-)Arbeit im Blick, sondern bezieht sich umfassender auf das ›Leben im globalen Kapitalismus‹ mit all seinen Widersprüchen, Konflikten, Zerstörungen und Zumutungen und zielt darauf ab, die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt in Freiheit, das meint insbesondere auch: umfassend demokratisch, zu gestalten.

Mögen auch Teile der Bevölkerung und der Lohnabhängigen heute nationalistischen und fremdenfeindlichen Parteien zuneigen: Die nationalistische Rechte hat keine reellen Antworten parat, um die Lebensaussichten dieser Bevölkerungsteile zu verbessern. Entsprechend sind Enttäuschungen vorprogrammiert. Die ›Wette‹, auf die sich Teile der herrschenden Klasse einlassen, lautet deshalb: Gelingt es mit Hilfe der nationalistischen Rechten autoritäre Regimes zu etablieren, dank derer verschärfte Ausbeutungsverhältnisse durchgesetzt werden können, bevor sich grosse Teile der Leute wieder von dieser nationalistischen Rechten abwenden?¹⁰ In einigen Ländern scheint diese negative Entwicklung möglich. Aber in der grossen Mehrzahl der Länder dürfte ein solches Projekt vorderhand weder durchsetzungsfähig noch dauerhaft konsolidierbar sein. Damit besteht die Chance, dass das gesellschaftliche Momentum wieder linken Kräften zuspielt, wie dies aufscheint, sobald sich dafür linke Bewegungen und Organisationen ernsthaft anbieten.

Die Widersprüche und Irrationalitäten der kapitalistischen Entwicklungsweise sind auch der Keim gesellschaftlicher Transformation. Und dieser Keim steckt in vielen Feldern: Arbeitsverhältnisse, soziale Sicherheit, Gesundheit und Pflege, Bildung, Gleichberechtigung, Wohnproblematik in den Städten, Nahrungsmittelversorgung oder Klimaerwärmung (bei der es um nichts weniger als um einen existenziellen Konflikt zwischen Mensch und Kapital geht¹¹) sind bedeutsame Beispiele dafür. Entscheidend für die Mobilisierung einer emanzipatorischen Arbeiter*innenklasse, des politischen Subjekts der Demokratisierung, ist, »welcher Aspekt des Lebens der Arbeiter*innen ihre Probleme zusammenfasst und repräsentiert, in welchem Symbol, welcher Frage, welchem Thema sie sich, ihre Probleme und Handlungsperspektiven wiedererkennen« (ebd.). Aktuell ist es, neben der Klimabewegung, die weltweite Frauenbewegung, die es in besonde-

rem Masse schafft, Menschen zu mobilisieren und eine solche verbindende Kraft für eine gesellschaftliche Transformation zu entwickeln. Generell gilt: In dem Masse, wie es in Unruhezeiten zu Konvergenzen verschiedenster Bewegungen kommt, kann auch ein Kräfteverhältnis entstehen, das erlaubt, das Machtmonopol des Kapitals zu brechen. Für die progressiven Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien geht es darum, zur richtigen Zeit die passenden Angebote zu machen und nicht davor zurückzuschrecken, sich mit der Macht der kapitalistischen Eliten zu konfrontieren.

Fussnoten

1 Die Denkfigur der Haupt- und Nebenwidersprüche geht im Wesentlichen auf Mao Ze-dong zurück. Mao postulierte in seiner Schrift *Über den Widerspruch* (1937): »Wenn ein Prozess mehrere Widersprüche enthält, muss einer von ihnen der Hauptwiderspruch sein, der die führende und entscheidende Rolle spielt, während die übrigen nur eine sekundäre, untergeordnete Stellung einnehmen. Sobald dieser [Hauptwiderspruch] festgestellt ist, kann man alle Probleme leicht lösen.« Unterstellt wird dabei häufig (was sich übrigens nicht von Mao ableiten lässt), der Hauptwiderspruch sei derjenige zwischen Kapital und Arbeit.

2 Der Begriff der imperialen Lebensweise darf u.E. nicht einfach als Ausdruck individueller Entscheide für ein konsumistisches Lebensmodell zulasten von Umwelt und globaler Gerechtigkeit gelesen werden. Damit würde die Verantwortung nach gängigem neoliberalen Muster auf die atomisierten Individuen/Konsument*innen abgeschoben. Das würde auch der Absicht von Brand/Wissen widersprechen, die die Verknüpfungen der Lebenswelten mit den Dynamiken und Zwängen des neoliberalen Kapitalismus ins Zentrum ihres Buches rücken.

3 Deutlich wird der Konflikt in Deutschland in den Diskussionen rund um die von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine ins Leben gerufene Bewegung ›Aufstehen‹, in Beiträgen der Zeitschrift *Internationale Politik und Gesellschaft* (siehe: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/>) oder in Büchern wie ›Lob der Nation‹ von Michael Bröning (2018), der das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.

4 Siehe dazu etwa das – zuweilen polemische – Buch ›Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur‹ des österreichischen Philosophen Robert Pfaller (2017), die Beiträge des amerikanischen Politikwissenschaftlers Mark Lilla (2017) oder den lesenswerten, die sogenannte Identitätspolitik ›verteidigenden‹ Artikel ›Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der ‚Identitätspolitik‘‹ von Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe (2017).

5 Der Begriff ›intersektional‹ resp. ›Intersektionalität‹ meint die Überschneidung und die Überlappung verschiedener Formen der Diskriminierung bzw. Unterdrückung. So ist davon auszugehen, dass eine arme dunkelhäutige Frau in einem Land wie der Schweiz grundsätzlich andere Formen der Diskriminierung oder Unterdrückung erfährt als eine reiche Frau mit weisser Hautfarbe. Intersektionalität bedeutet dabei auch, dass es nicht einfach zu addierten Diskriminierungs- oder Unterdrückungserfahrungen aufgrund von Geschlecht, sozialer Schicht oder Hautfarbe kommt, sondern dass sich eigenständige Diskriminierungs- resp. Unterdrückungsformen herausbilden.

6 Mit den Begriffen ›Klasse an sich‹ und ›Klasse für sich‹ wird auf die Differenz zwischen

der objektiven Stellung der Menschen im Produktionsprozess (Klasse an sich) und der subjektiven Selbstwahrnehmung verwiesen. Aus den Erfahrungen, die Lohnabhängige in ihrer objektiven Klassenlage machen (z.B. dass sie entlassen werden können, dass ihnen ihre Arbeitstätigkeit befohlen wird etc.), können sie den Schluss ziehen, Teil einer unterdrückten Klasse zu sein, die sich ihrer kollektiven Verbundenheit und ihrer kollektiven Macht bewusst wird (Klasse für sich). Können – aber müssen nicht.

7 Stefanie Hürtgen weist zu Recht darauf hin, dass der globale Süden längst auch im globalen Norden beheimatet sei: Arbeit werde auch im Norden zunehmend fragmentiert und prekariert. Deshalb sei es problematisch, von einem nördlichen ›Wir‹ auszugehen (Hürtgen, 2018). Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, dass viele Menschen vorab im globalen Norden von Verlustängsten bedrängt sind, die sie in die Arme von nationalegoistischen politischen Projekten treibt (neoliberale gleichermassen wie rechtsnationalistische).

8 In ihrem Hauptwerk ›Caliban und die Hexe‹ zeichnet die marxistische Soziologin Silvia Federici (2017) u. a. nach, wie es etwa ab dem 15. Jahrhundert zur Ausweitung ›männlicher‹ Lohnarbeit und gleichzeitig zur Abwertung und Feminisierung der Reproduktionsarbeit kam. Die Hexenverfolgungen sind in diesem Kontext als eine eigentliche Terrorkampagne der sich herausbildenden bürgerlichen Herrschaftsklasse und des Adels zu verstehen, um den Widerstand der Frauen gegen die neuen, kapitalistischen Verhältnisse zu brechen. Im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus wurde die soziale Stellung von Frauen massiv geschwächt, ihnen wurde die Kontrolle über ihren Körper und ihre Sexualität entzogen und es entstanden die bürgerlichen Ideale von Weiblichkeit und Häuslichkeit, die fortan das Leben von Frauen prägten – und dies bis heute tun.

9 Das Ideal eines gelingenden Lebens über die Verwirklichung individualisierter, persönlicher Lebesentwürfe entspricht einer westlich-kapitalistischen Sicht und Orientierung, während andere Gesellschaften viel stärker am Kollektiv orientiert sind und die einseitige Betonung von Individualisierung nicht als Fortschritt sondern als Verarmung und Unglück empfinden.

10 Demirović (2018) charakterisiert den autoritären Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, bei der Teile der herrschenden Klasse gezielt Bündnisse eingehen mit ›radikalen rechten Gruppierungen aus Kleinbürgertum und Arbeiter_innenklasse‹ (Demirović 2018: 42).

11 Ob die Bewahrung einer für Menschen bewohnbaren Erde ein neues, übergeordnetes und gemeinsames Interesse der Vielen, oder zumindest ein Symbol dafür werden kann, das zu einem kollektiven politischen Bewusstsein und einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel führt? Ist es der Kampf um das »Terrestrische« (Latour 2018), der den ursprünglichen Klassenkonflikt, der sich historisch vor allem als soziale Frage manifestiert, irgendwann ablöst? Noch ist es jedenfalls nicht soweit. Und sicher ist, dass der Kampf für eine bewohnbare Erde ein Kampf gegen den Kapitalismus ist und damit auch einen starken Klassencharakter aufweist.

Literatur

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.

Bröning, Michael (2018): Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen. Bonn.

Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48, H. 190, 27–42.

- Demirović, Alex (2017): Radikale Demokratie und Sozialismus Grenzen und Möglichkeiten einer politischen Form. Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/21-17_Online-Publ_Radikale_Demokratie.pdf
- Denknetz-Kerngruppe (2016): 18 Thesen für eine Starke Demokratie. In: http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/starke_demokratie_def.pdf
- Dowling, Emma/van Dyk, Sylvie/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der ›Identitätspolitik‹. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 47, H. 188, 411–420. <http://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/69/56> (gelesen am 8.2.19)
- Federici, Silvia (2017): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien, Berlin.
- Friedrich, Sebastian/Redaktion analyse & kritik (Hg.) (2018): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus. Berlin.
- Harvey, David (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin.
- Hürtgen, Stefanie (2018): Das nördliche ›Wir‹ gibt es nicht. In: Luxemburg 2/2018. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/das-noerdliche-wir-gibt-es-nicht/>
- Latour, Bruno (2018): Das terrestrische Manifest. Berlin.
- Lilla, Mark (2017). The Once and Future Liberal: After Identity Politics. New York.
- Luxemburg (2017): Spezialausgabe der Zeitschrift Luxemburg zum Thema ›Neue Klassenpolitik‹. In: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2017/10/LUX-Spezial-Neue-Klassenpolitik.pdf>
- Manow, Philipp (2018): Politische Ökonomie des Populismus. Berlin.
- Mezzadra, Sandro/Neumann, Mario (2017): Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968. Hamburg.
- Mishra, Pankaj (2017): Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart. Frankfurt a. M.
- Pfaller, Robert (2017): Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur. Frankfurt a.M..
- Ringger, Beat (2017): Emanzipation und Identität. Wer verändert die Welt? Und mit wem? In: <http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Denknetz-Grundlagen-Emanzipation-und-Identit%C3%A4t-Aug-17.pdf>
- Ringger, Beat (2011): Masst euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Münster.
- Seibert, Thomas (2017): Zur Ökologie der Existenz. Freiheit, Gleichheit, Umwelt. Hamburg.
- Wermuth, Cédric/Zwicky, Pascal (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik, 69, 79–92.
- Zedong, Mao (1937). Über den Widerspruch. <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/mao/1937/wider/> (gelesen am 8.2.19)
- Zelik Raul (2017): ›Unter den heutigen Verhältnissen könnten wir tausend Mal beschließen, dass es weniger Ungleichheit geben soll. Es würde sich nichts ändern‹. In: WOZ Nr. 50/2017 vom 14.12.17.
- Zwicky, Pascal (2015): «Mehr Demokratie» als Ausweg aus der multiplen Krise. In: Baumann, Hans et al. (Hg.): Denknetz-Jahrbuch 2015. Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens, Zürich, 140–148.